



Forschungsstarke Universitäten in Deutschland

Bedeutung, Rahmenbedingungen, Handlungsbedarf

Denise Feldner

Zum Mitnehmen

- Forschungsstarke Universitäten als Kern des Wissenschaftssystems benötigen Autonomie und professionelle Strukturen im Management und für exzellente Forschung und Lehre.
- Nach Art. 91b GG können sich seit 2015 Bund und Länder an der institutionellen Förderung von forschungsstarken Universitäten beteiligen. Dies sollte vorrangig in der Spitzenforschung erfolgen.
- Forschungsstarke Universitäten agieren in einer arbeitsteiligen Hochschullandschaft. Diese Arbeitsteilung muss im Sinne einer horizontalen und vertikalen Differenzierung ausgebaut werden. Innerhalb der Universität muss die Vielfalt gefördert und erhalten werden.
- Das Hochschulsystem sollte durch neue Formen der Zusammenarbeit in Forschung und Lehre fortentwickelt werden.

INHALT

2 | Forschungsstarke Universitäten im 21. Jahrhundert

4 | Herausforderungen und Lösungsansätze

8 | Leistungsfähigkeit und Trends in internationalen Rankings

10 | Hochschulsysteme im Ländervergleich

15 | Wissenschafts- und hochschulpolitische Handlungsempfehlungen

Forschungsstarke Universitäten im 21. Jahrhundert

Für die Zukunft und die Innovationsfähigkeit Deutschlands ist entscheidend, dass Bildung und Forschung im Mittelpunkt des politischen Fokus bleiben. Die forschungsstarken Universitäten spielen dabei eine zentrale Rolle. Das deutsche Wissenschaftssystem, und besonders die großen forschungsstarken Universitäten („Forschungsuniversitäten“), sind gekennzeichnet durch starke Differenzierung und wachsende Komplexität:

1. Dies zeigt sich an Spezialisierungen der Forschung, ihrer Problemstellungen, Praktiken und in den infrastrukturellen Voraussetzungen. Die Tendenz zur Spezialisierung geht mit einem zügigen Umbau der Disziplinen einher.
2. Wissenschaft in Deutschland hat es mit einer heterogenen und international rekrutierten Studierendenschaft zu tun. Universitäten müssen die Spannung zwischen hochspezialisierter, exzellenter Forschung und der Qualifizierung vieler Studierender aushalten.
3. Die Ansprüche an die Distribution von Wissen sind vielgestaltiger geworden. Das Wissenschaftssystem reagiert mit Binnendifferenzierung und gliedert sich auf, entwickelt neue Strukturen in Lehre und Forschung.
4. Die Akteure in Universitäten bilden ein pluralistisches System und sind von vielen Interessenlagen geprägt. Die forschungsstarken Universitäten können so nur mit einer strategischen Markenbildung nach außen mit einer Stimme sprechen.

Die forschungsstarke Volluniversität verkörpert in diesem System einen eigenen Hochschultyp. Sie bildet das wissenschaftliche Spektrum von den Kleinen Fächern bis zum Massenfach ab. Sie umfasst – vom ersten Studientag des Studierenden bis zum letzten Arbeitstag eines Professors – den gesamten wissenschaftlichen Sozialisationsprozess. Sie ist die Institution für erkenntnisgeleitete Grundlagenforschung und für Anwendungsforschung. Dieses Spektrum spiegelt die Einzigartigkeit der forschungsstarken Universität wider. An ihr können aufgrund der Fächervielfalt auf kurzem Wege und an einem Ort Experten zusammengebracht werden, die nicht programmatisch gebunden sind.

Die forschungsstarke Universität zeichnet sich durch ihre Größe und Leistungsfähigkeit in Lehre und Forschung aus. Dazu gehören eine hohe Zahl von Studierenden und eine starke Drittmittelquote in vielen Bereichen, die Erfolge in der Exzellenzinitiative, das Einwerben von Leibniz-Preisen oder ERC-Grants. Dazu gehört die Antrags- und Beteiligungsfähigkeit in EU- und in Groß-Projekten sowie in Kooperationsprojekten mit außeruniversitären Einrichtungen und mit der Industrie. Sie ist international sichtbar. An ihr sind viele internationale Studierende, Doktoranden und Post-Doktoranden aktiv. Sie weist weltweit vernetzte Publikationen auf und geht international institutionelle Kooperationen ein.¹ Die kritische Masse in Forschung und Lehre stellt die forschungsstarken Universitäten vor strategische Fragestellungen und Managementaufgaben, die in anderen Wissenschaftseinrichtungen nicht in dieser Bandbreite oder Größenordnung adressiert werden.

Forschungsstarke Universitäten stehen regional, national und international im Wettbewerb. Zu den Wettbewerbern im versäulten Wissenschaftssystem gehören Hochschulen für angewandte Forschung (Universities of Applied Sciences), thematisch orientierte Universitäten, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die forschende Industrie, private Institute, internationale Einrichtungen und Universitäten jeden Typs. Entstanden zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch etwa 95 Prozent aller

Innovationen in den Universitäten, haben sie in den letzten 100 Jahren ihr Proprium der Forschung verloren.

Wegen der umfassenden Leistungsangebote ist das Modell der forschungsstarken Universität in reifen Wissenschaftssystemen überall auf der Welt „das“ herausragende Modell für effiziente Forschung. Sie ist der geeignete Kooperationspartner für internationale Forschungsk Kooperationen. Es besteht daher eine weltweit ähnliche Sicht auf diesen Typ der Forschungseinrichtung. Sie hat sich zu einem globalen Markenzeichen hochentwickelter Forschungsstandorte herausgebildet. Der Global Council of Research-Intensive Universities (GCRIU)² hat zu den Charakteristika der research university das Hefei-Statement vorgelegt,³ das 2013 in China gezeichnet wurde. Heute gehören dem neuen Gremium etwa 180 Forschungsuniversitäten von Washington, Berlin über Peking bis Canberra an. Der Verband steht für exzellente Forschung mit gesellschaftlicher Verantwortung und weltweit für den Erhalt dieses Universitätstyps.

Forschungsstarke
Universitäten als
weltweite „Marke“

Angesichts der Wettbewerbssituation, in der forschungsstarke Universitäten stehen, muss auf ihre Diversität und Bandbreite besonders geachtet werden. Deshalb muss eine Zersplitterung der Forschungslandschaft, etwa im Bereich der Programmforschung oder durch Erteilung des Promotionsrechtes an Einrichtungen außerhalb der Universitäten, entgegengewirkt werden. Diese Wege einzuschlagen würde bedeuten, eine der Stärken des Wissenschaftssystems, die vorhandene Qualität und Bandbreite der Forschung, zu schwächen. Hingegen würde der Ausbau von Kooperationsmodellen helfen, die Versäulung des Systems zu überwinden. Die Landkarte der forschungsstarken Universitäten muss in den Fokus rücken, um vorhandene Ressourcen, auch für Studierende, zu bündeln. Die forschungsorientierte Lehre sollte nachhaltig im Sinne der Studierenden gesichert werden und in großen Teilen weiterhin auf erkenntnisgeleiteter Forschung beruhen.

Bedeutung für die
Forschungslandschaft

Die forschungsstarke Universität ist der Ort, an dem der überwiegende Teil der Kleinen Fächer zu Hause sind und sich auch die großen und traditionsreichen Forschungssammlungen finden. Beides sind überwiegend unterfinanzierte und schlecht ausgestattete Bereiche, die eine forschungsstarke Universität im Rahmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung aber unbedingt erhalten muss. Um die Kleinen Fächer zu erhalten und wissenschaftliche Sammlungen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, müssen geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden, einschließlich einer ausreichenden Finanzierung.

Daneben sind alle Fächer der Sozial- und Geisteswissenschaften an den forschungsstarken Universitäten zu finden. Auch diese stehen weltweit unter Druck. Beispielsweise wird ihre staatliche Förderung in Japan, Korea, China und auch in der Schweiz zurückgefahren. Der GCRIU hat hierzu das Leiden-Statement verfasst.⁴ Die Sozial- und Geisteswissenschaften dürfen in ihrer Bedeutung für die Gesellschaft nicht deswegen marginalisiert werden, weil sie nicht unmittelbar zu Produkten führen oder ihr anwendungsorientierter Nutzen nicht direkt sichtbar wird.

Herausforderungen und Lösungsansätze

Angesichts dieser Situation, der zunehmenden Aufgabenvielfalt, der sich teilweise widersprechenden Erwartungshaltungen im Zusammenspiel mit finanziellen Restriktionen, stehen insbesondere die traditionellen forschungsstarken Universitäten unter hohem Druck, ihre Strukturen anzupassen.

Förderung aus einem Guss

Als Beitrag zur Lösung der strukturellen Herausforderungen wurde ab Mitte des letzten Jahrzehnts zwischen Bund und Ländern ein Bündel von Förderprogrammen beschlossen, das die Finanzierungslücken an den Universitäten decken oder zumindest schmälern sollte. Als „Paket der Pakte“ stellt dies ein Sonderfinanzierungssystem für die Wissenschaft dar, das auch für forschungsstarke Universitäten von großer Relevanz ist:

1. Exzellenzinitiative
2. Hochschulpakt
3. Qualitätspakt Lehre
4. Qualitätsoffensive Lehrerbildung
5. Professorinnen-Programm
6. Wettbewerb Aufstieg durch Bildung: Offene Hochschulen

Eine Neustrukturierung der Fördermaßnahmen ab 2019/2020 wäre angemessen. Es sollte möglichst eine Förderung aus einem Guss sein, in der die einzelnen Förderschwerpunkte so aufeinander abgestimmt sind, dass sie effizient die Universitäten, und besonders auch die forschungsstarken Universitäten mit ihren verschiedenen Aufgaben, für die Gesellschaft unterstützen. Forschungsstarke Universitäten sind die einzigen Einrichtungen, die über alle Fächer und auf allen Leistungsniveaus die forschende Produktion von der erkenntnisgeleiteten Grundlagenforschung bis zur Anwendung und Entwicklung vorantreiben, den Nachwuchs über alle Hierarchien qualifizieren sowie das generierte Wissen distribuieren. Damit sichern sie die gesamte Rekrutierungskette im akademischen Bereich. Eine große forschungsstarke Universität verzeichnet pro Jahr durchschnittlich etwa 6.000 Doktoranden in qualifizierenden Programmen und in Einzelpromotionen.

In Deutschland gibt es etwas mehr als 300 Hochschulen, davon sind etwa 110 Universitäten. Von diesen Universitäten gehören etwa 30 dem Typus der Forschungsuniversität an. An diesen versammelt sich der Großteil aller in Deutschland eingeschriebenen Studierenden. Beispielhaft dafür stehen die in German U15 (Mitglied im GCRIU) verbundenen Universitäten. Sie verkörpern nur 13 Prozent aller deutschen Universitäten. An ihnen sind jedoch 31 Prozent aller Studierenden eingeschrieben und 42 Prozent aller Doktoranden qualifizieren sich hier. Dies geschieht in gemeinsamen Promotionsprojekten mit den außeruniversitären Einrichtungen oder mit Bereichen von Fachhochschulen, die eine entsprechende Forschungsqualität vorhalten.

Ein deutliches Manko, das in diesem Kontext behoben werden muss, ist die zu geringe Anzahl exzellenter Professoren. Gemessen an der Wirtschaftskraft ist Deutschland mit zu wenigen sehr guten Forschern ausgestattet. Von 3215 Wissenschaftlern, die weltweit nach der Anzahl der Zitationen das erste Prozent ihrer Disziplinen darstellen, arbeiten nur fünf Prozent in Deutschland. Mehr als die Hälfte arbeitet in den USA und ca. neun Prozent in Großbritannien. Hier hat Deutschland erheblichen Nachholbedarf. Dies schlägt sich auch in nicht optimalen Betreuungsrelationen nieder. Hier ist es im Sinne der forschungsstarken Universitäten dringend notwendig,

„Paket der Pakte“
als hilfreicher Förder-
ansatz

Situation in
Deutschland:
300 Hochschulen –
110 Universitäten

Bedarf an exzellenten
Wissenschaftlern

die Anzahl der Professorenstellen zu erhöhen und sie attraktiver zu gestalten, so dass es noch besser gelingt, exzellente Forscher auch aus dem Ausland zu gewinnen. Eine Möglichkeit ist, vermehrt gemeinsame Berufungen mit außeruniversitären Einrichtungen durchzuführen. Diese müssen mit vollen Rechten und Pflichten der Universitäten verbunden bleiben, damit die Affiliation mit der Universität erhalten bleibt und die Forschungsleistungen auf einem Campus gemeinsam dokumentiert werden können. Der Ausbaubedarf gilt auch für Stellen unterhalb der Professur. Nur ein Abbau der Personalkategorien wird dabei helfen, auf Dauer neben der Forschung forschungsorientierte Lehre auf hohem Niveau für viele Studierende anbieten zu können.

Trotz des Förderalismus, der Staatsschuldenkrise und der Schuldenbremse wurde bereits im letzten Jahrzehnt in Deutschland eine wissenschaftspolitische Erfolgsgeschichte geschrieben. Die politische Bedeutung der Hochschulpolitik ist gestiegen. Die Bundeskanzlerin hat sich das Thema zu eigen gemacht, sichtbar im Konzept der „Bildungsrepublik Deutschland“.⁵ Dabei wurde das Ziel formuliert, künftig zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung zu investieren. Und tatsächlich kann Wissenschaft auf eine Steigerung im Budget des Bundes für Forschung zurückblicken, gleichwohl darf nicht verkannt werden, dass es weiterhin großen Handlungsbedarf gibt. Die deutschen Universitäten, und vor allem auch die forschungsstarken Universitäten, leiden an einer chronischen Unterfinanzierung, die sich gerade im internationalen Wettbewerb schmerzlich bemerkbar macht.

Hochschulautonomie

In Bezug auf die Hochschulautonomie gibt es leider keine ausreichenden Fortschritte. Ab 2013 waren bei Novellen der Landeshochschulgesetze Versuche der Ministerien erkennbar, die Spielräume der Universitäten einzuschränken.

Einen wichtigen Impuls fand die Autonomiedebatte in der „Ruck-Rede“ von 1997, in der Bundespräsident Herzog die Hochschulen adressierte. Er forderte, dass diese in die Freiheit entlassen werden müssten und schuf damit ein Klima der Anerkennung von Hochschulautonomie. Er wollte Bildung zu einem sichtbarerem Thema in der Gesellschaft machen und es aus den Feuilletons in den Politikteil der Zeitungen bringen.

Zu den Akteuren der Hochschulpolitik gehören jedoch nicht nur die Bundesregierung, die Bundes- und Landesministerien, die Fraktionen, die Parlamentsausschüsse, die Kultusministerkonferenz, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, der Wissenschaftsrat, die Rektorenkonferenz, sondern alle Arten der Interessenverbände und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Das Feld ist geprägt von unterschiedlichsten Interessen und Standpunkten. In dieser Gemengelage von Semi-Autonomie und vielfältigsten Partikularinteressen wird von den Universitäten erwartet, selbstständig und professionell zu agieren.

Bei der Governance der Einrichtungen oder bei der Entwicklung von Personalkonzepten für den wissenschaftlichen Nachwuchs werden strategische Ansätze und flexibler Umgang mit unsicheren Finanzeingängen zugunsten planbarer Karriereverläufe gefordert. Auch werden Forderungen nach Tenure-track-Stellen und nach Dauerstellen für Daueraufgaben laut. All diese Forderungen sind im Grunde berechtigt und für eine erfolgreiche Strategiesetzung sowie ihrer Realisierung in den Institutionen notwendig. Zur Umsetzung benötigen die forschungsstarken Universitäten jedoch den entsprechenden Handlungsfreiraum, zu entscheiden und zu gestalten.

Universitäten benötigen größere Gestaltungsfreiräume

Hochschul-Governance muss verbessert werden

Es ist notwendig, den Universitäten die Kompetenzen zu geben, innerhalb derer sie in ihren Verantwortlichkeiten professionell und frei agieren können. Hierzu gehören strukturelle Fragen, die die Universität als Institution betreffen und auch die Herausforderungen, die aus der Gesellschaft auf die forschungsstarken Universitäten zukommen. Dazu gehören die demographische Entwicklung, die Digitalisierung, die Ursachen und Folgen von Fluchtbewegungen in der Welt, die Krise der Nationalstaaten oder auch alle Fragen von Risikoforschung, die Neuland betritt, wie z. B. bei der Erforschung des menschlichen Gehirns im Human Brain Project.⁶ Teilweise stecken die strukturellen und rechtlichen Rahmenbedingungen in alten Traditionen fest und schränken die Handlungsspielräume von Präsidien und Forschern empfindlich ein. Auch ministeriale Detailsteuerung ist kontraproduktiv und wirkt als Hemmschuh für die Fortentwicklung der Universitätsstruktur.

Beispielsweise ist die Auswahlmöglichkeit von Studierenden an den Universitäten selbst von großem Interesse. Die Kapazitätsverordnung in ihrer aktuellen Form ist dringend reformbedürftig, auch mit dem Blick auf die Grundfinanzierung. Weiterhin brauchen forschungsstarke Universitäten freies Geld und größere Freiheit bei der Mittelakquise. In Großbritannien beispielsweise können die Universitäten die Gelder aus Studiengebühren auch für die Forschung verwenden und damit Deckungslücken in diesem Bereich schließen. Die Forschungsprojekte sind an deutschen Universitäten nicht ausfinanziert, da die mittelbaren Projektkosten nicht auskömmlich ersetzt werden. Hier sollte die Programmpauschale sukzessive auf 40 Prozent erhöht werden oder die künftige Exzellenzinitiative einen stetigen Aufwuchs erfahren, wie es im Pakt für Forschung und Innovation vorgesehen ist. Dies würde mehr Freiraum für Entscheidungen bieten und damit die Autonomie der Universitäten erhöhen. Globalhaushalte stellen ein weiteres sinnvolles Instrument für die professionelle Führung einer Universität dar.

Universitäten brauchen mehr Freiheit bei der Auswahl ihrer Studierenden

Finanzierung

Für die forschungsstarken Universitäten ist es in Zukunft essentiell, offen über Geld zu reden. International sichtbare und erkenntnisgeleitete Grundlagenforschung ist nur möglich, wenn die entsprechend notwendigen Gelder investiert werden. Es ist daher notwendig, weiter über die Finanzierung von Spitzenforschung, insbesondere zum Erhalt der Zukunftsfähigkeit des Landes zu reden. Zwischen Fortschritt, technischer Entwicklung und dem Fortkommen der Gesellschaft einerseits und dem Investment in das Qualifikations- und Forschungssystem andererseits besteht ein Kausalzusammenhang.

Das deutsche Universitätssystem ist überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert. Eine signifikante Folge davon ist, dass es schnell Begrenzungen unterliegt. Mit dem Ausbau der Studienplätze ab den 1970er Jahren und dem Öffnungsbeschluss begann die chronische Überlastung der Universitäten. Die ursprüngliche Erwartung, der „Studentenberg“ werde abschmelzen, hat sich nicht erfüllt. Das Gegenteil ist der Fall. Erst ab ca. 2020 ist aufgrund der bisher vorausgesagten demographischen Entwicklung mit einem Rückgang der Studierendenzahlen zu rechnen.

Mehr Studierende: Universitäten dürfen finanziell nicht überfordert werden

Im Jahr 2015 studieren in Deutschland etwa 2,5 Millionen Menschen. Davon sind etwa zwei Drittel an den etwa 110 Universitäten eingeschrieben. Die Anzahl der Studierenden ist in den letzten Jahren stetig gestiegen und hat zu dem sehr positiven Ergebnis geführt, dass heute 27 Prozent der Erwerbstätigen einen Hochschulabschluss vorweisen. Allerdings ist dies ein Grund für die Unterfinanzierung der Universitäten. Denn die Öffnung der Universitäten in den 70er Jahren wurde nicht durch entsprechende Finanzmittel aufgefangen.

Dementsprechend haben einzelne Bundesländer Programme für die Finanzierung der Lehre aufgelegt und der Bund den Hochschulpakt ins Leben gerufen, mit dem er Studienplätze mitfinanziert (HSP II, Laufzeit 2011 – 2015 mit 6.500 Euro pro Studienplatz, bei geschätzten 7.200 Euro Realkosten pro Studienplatz). Heute werden in Deutschland durchschnittlich 13.665 Euro für einen Studienplatz ausgegeben. Neben einer notwendigen Neuauflage des Paktes bestünde eine Lösung für den Engpass an Universitäten darin, Studienplätze an den Fachhochschulen oder Hochschulen für angewandte Wissenschaften auszubauen, also eine differenzierende Arbeitsteilung und Schwerpunktsetzung im deutschen Hochschulsystem zu unterstützen. Parallel dazu sollten forschungsstarke Universitäten ihre Studierenden vermehrt selbst auswählen können.

Eine andere Möglichkeit stellt die Finanzierung durch private Gelder, wie Studiengebühren, dar. Das Wissenschaftssystem wird auch mit Blick auf die Schuldenbremse der Länder und des Bundes auf Dauer nicht ohne Studiengebühren finanzierbar bleiben. Denn Studienplätze sind teuer und können ohne Verlust von Qualität in der Ausbildung auf Dauer nicht aus den sinkenden Grundbudgets der forschungsstarken Universitäten finanziert werden. Daher richtet sich der Fokus auf ausländische Studierende. Spätestens nachdem der Rechnungshof Baden-Württemberg 2013 forderte, Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer, Langzeitstudierende und berufsbegleitende Studiengänge an Musikhochschulen einzuführen,⁷ ist das Thema auch kurz nach der Abschaffung der Studiengebühren wieder auf der politischen Agenda. Hier könnte auch der Bund in die Finanzierung einsteigen. Im Rahmen der Neuverhandlungen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen könnten ein neues Finanzierungsinstrument eingerichtet oder Stipendienprogramme etabliert werden, um soziale Ungerechtigkeiten, beispielsweise bei internationalen Studierenden aus dem arabischen Raum oder aus Afrika, abzufedern.

Seit dem 1. Januar 2015 können aufgrund der Änderung des Artikels 91b GG Universitäten institutionell auch vom Bund mitfinanziert werden. Es sollten daher neue Förderinstrumente aufgelegt werden, etwa mit dem Bezug auf Forschungscluster. Bei solchen Cluster-Modellen steht die forschungsstarke Universität als Wissenschaftsinstitution im Zentrum. In solche Cluster sollte es möglich sein, außeruniversitäre Partner, die Industrie und die Hochschulen für angewandte Forschung am Standort einzubeziehen.

Eine Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzierung aller Universitäten erscheint hingegen volkswirtschaftlich nicht sinnvoll. Aus Sicht der forschungsstarken Universitäten ist eine Verknüpfung von Bundesgeldern mit Spitzenforschung unerlässlich. Über die Einbeziehung von Instituten oder Projekten der außeruniversitären Einrichtungen in die Universitäten kann exzellente Forschung gebündelt werden. Eine Möglichkeit ist die Einbindung über „Leibniz in der Uni“. Dabei behält das Leibniz-Institut seine Identität als Teil der außeruniversitären Einrichtung, die Forschungsleistungen werden gemeinsam mit der Universität verbucht und damit international auch sichtbar. Dazu sollte vermehrt über die Einbeziehung der Professoren an den außeruniversitären Einrichtungen in die universitäre Lehre nachgedacht werden, da mit zusätzlichen Professuren die Betreuungsrelationen für Studierende verändert werden können. Aber nicht nur Institute der Leibniz-Gemeinschaft, sondern auch Forschungseinrichtungen anderer Wissenschaftsorganisationen könnten in ähnlicher Weise intensiver mit Forschungsuniversitäten zusammenarbeiten.

Darüber hinaus könnte es auch völlig neue Kooperationsmodelle geben. Hierbei muss jedoch beachtet werden, dass bei der Schaffung einer gänzlich neuen Marke sowie bei einer Fusion von Institutionen die Reputation neu aufgebaut werden

Private Gelder als
Ergänzung zur öffent-
lichen Finanzierung

Institutionelle Betei-
ligung des Bundes
möglich

Zusammenarbeit mit
AUE intensivieren

Kooperationsmodelle: Alternativen?

muss. Es könnte deshalb zielführender sein, bestehende Marken zu erhalten, auszubauen und zu stärken. Dies würde das mit der Exzellenzinitiative begonnene Werk fortsetzen, mit dem bestehende Marken sichtbar wurden. Einen anderen Weg ist die französische Exzellenzinitiative (IDEX – Initiative d'Excellence) gegangen und kann als Beispiel herangezogen werden. Die französische Hochschulpolitik hat völlig neue Institutionen geschaffen (z. B. die Université Sorbonne Paris Cité (USPC)), die auf renommierten Institutionen aufbauen (z. B. Inalco, Sorbonne und SciencePo oder CNRS) und sich seit wenigen Jahren gemeinsam eine Reputation als Communauté d'universités et établissements (EPSCP) erarbeiten.

Rankings schaffen öffentliche Aufmerk- samkeit

Leistungsfähigkeit und Trends in internationalen Rankings

Die Leistungsfähigkeit der deutschen Spitzenuniversitäten ergibt sich – trotz begründeter Kritik daran – auch aus den Ergebnissen internationaler Rankings. Universitäten stellen sich zunehmend dem Wettbewerb um Sichtbarkeit und Reputation auf globaler Bühne und so genießen internationale world-class university rankings seit Beginn des 21. Jahrhunderts große Aufmerksamkeit. Allerdings sind forschungsstarke Universitäten als hoch-komplexe Strukturen und als inhaltlich sehr heterogene Institutionen in ihrer Gesamtheit schon innerhalb Deutschlands nur schwer vergleichbar. Die Rankings werden dennoch von den Universitäten als maßgebend für die Reputation angesehen. Sie haben eine erhebliche mediale Wirkung. Die Universitäten, die in Rankings positiv erscheinen, bekommen im Nachgang vermehrt positive Berichterstattung in den Medien.

Die Popularität von Rankings basiert auf der Annahme, dass sich eine stärkere vertikale Differenzierung zwischen den forschungsstarken Universitäten auf die Forschungsqualität auswirkt. Es wird vorausgesetzt, dass die wissenschaftliche Exzellenz eines Teils der Universität auch die anderen Bereiche positiv beeinflusst. Und außerdem scheinen die Rankings einen stärkeren Wettbewerb, besser zu werden, unter den führenden Universitäten anzustacheln.

So wird heute auch aufgrund von Ranking-Ergebnissen angenommen, dass ein Studium in den Vereinigten Staaten oder in Großbritannien qualitativ sehr hochwertig sein müsse. Bezieht man jedoch auch andere Kriterien mit ein und stellt z. B. die Anzahl der Staatsbürger den vorhandenen Top-Universitäten eines Nationalstaates gegenüber, so kommen die Schweiz oder Schweden und beispielsweise die Niederlande auf die vordersten Plätze der Ranglisten.

Weltweit konkurrieren unterschiedliche Uni- versitätskonzepte

Die Universitäten mit ihren Grundfunktionen, die in den Rankings verglichen werden, entstammen aus verschiedenen Bildungstraditionen und gehen von unterschiedlichen Universitätsverständnissen und Qualifikationsmodellen aus. Diese Unterschiede können im globalen Kontext in drei verschiedene Systeme eingeordnet werden, in das kontinentaleuropäische, in das atlantische und in das konfuzianische Universitätskonzept. Das kontinentaleuropäische System basiert auf der Berliner Universitätsgründung von 1810 nach den durch Wilhelm von Humboldt geprägten Bildungsidealen. Das atlantische System orientiert sich an John Locke und ist am Empirismus ausgerichtet. Das konfuzianische System basiert auf einem Rekrutierungsbedarf für die asiatische Elite, für Beamten- und Steuerungsfunktionen im chinesischen Kaiserreich.

Im Ranking der renommierten britischen Institution Times Higher Education (THE) sind im März 2015 acht deutsche forschungsstarke Universitäten unter den ersten 100 der Welt gelistet.⁸ Damit belegte Deutschland bereits Platz drei in der Welt vor

Deutschland holt auf: Platz 3

den australischen und französischen Universitäten, nach den britischen und amerikanischen. Die amerikanischen und britischen Universitäten haben sich verschlechtert, die asiatischen Universitäten dagegen aufgeholt. Deutschland ist das einzige Land, das allein mit öffentlicher Forschungsförderung einen so großen Erfolg in den Rankings erzielen konnte.

Um die in Teilen sehr berechtigte Kritik an den Rankings nachvollziehen zu können und um Mittel zu finden, mit denen die Beteiligung an Rankings professioneller geschehen kann, hat das Auswärtige Amt die Universitäten Tübingen und Dresden mit dem Forschungsprojekt „Verbesserung internationaler Rankingergebnisse deutscher Universitäten“ betraut.⁹ Eine erste Begleitterscheinung war das „Wunder von Tübingen“.¹⁰ Die Universität Tübingen hatte es geschafft, unter Beachtung der im Projekt gewonnenen Erkenntnisse die Ranking-Position um 100 Plätze zu verbessern.

Der Abschlussbericht bietet interessante Erkenntnisse, wie dies möglich werden konnte: a) ein systematischer Umgang mit Ranking-Aktivitäten findet (nach den Analysen) nicht an allen Universitäten statt, dazu ist b) allgemeines oder fundiertes Wissen bezüglich der Relevanz der Datenmeldungen an Universitäten nicht per se vorhanden. Dazu unterliegen die vorgegebenen, sich am angloamerikanischen System orientierenden THE-Definitionen einer großen Interpretationsbreite und sind für die Metrik deutscher Universitäten nicht per se passend.

Aus diesen Ergebnissen lässt sich ableiten, dass die Ranking-Positionen auch davon abhängen, wie gut das System der Erhebungen durchdrungen wird und wie die Daten aufgearbeitet sind, die eingereicht werden. Sieht man nun, dass Tübingen mit dem Verständnis der Methoden und der Relevanz von Daten einen Sprung von über 100 Plätzen erreichen konnte, kann daraus geschlossen werden, dass deutsche Universitäten leistungsfähiger sind, als bisher allgemein aus den Rankings abgeleitet wurde. Stellt man dazu die Geldsummen, die ihnen für den laufenden Betrieb zur Verfügung stehen, den Studierendenzahlen und den Forschungsergebnissen gegenüber, so ergibt sich eigentlich ein hocheffizientes Bild deutscher Forschungsuniversitäten. Die sehr sichtbaren und renommierten amerikanischen oder britischen Universitäten hingegen agieren oft auf der Basis einer enorm guten finanziellen Ausstattung und bilden weniger Studierende aus, die sie zudem selektiv nach strategischen Kriterien auswählen können. Man könnte die amerikanischen Elite-Universitäten im Vergleich zu den deutschen Universitäten auch als global agierende Bildungskonzerne beschreiben, die eine renommierte, fokussiert agierende und professionell geführte Universität darstellen.

Forschungsstarke Universitäten in Deutschland sind leistungsstark

Durch geeignete För- derung werden For- schungsleistungen noch besser

Im Abschlussbericht zur „Verbesserung internationaler Ranking-Ergebnisse deutscher Universitäten“ wird daher empfohlen: a) mittelfristig: Fördern eines Bewusstseins für den Einfluss von Rankings, Bereitstellung von Informationen zur Erhöhung der Sichtbarkeit von Publikationen etc. und b) langfristig: Stete Evaluation des Verbesserungspotentials einer Universität und Verortung in den Handlungsmaximen.

Bei der Bewertung des Wissenschaftssystems sollte das Augenmerk nicht ausschließlich auf den internationalen Rankings liegen. Der DFG-Förderatlas sowie die ERC-Statistiken und weitere Forschungspreise bieten mindestens genauso interessante Hinweise, die direkt auf die Forschungsleistungen deutscher Universitäten schließen lassen.

Hochschulsysteme im Ländervergleich

Das deutsche Wissenschaftssystem steht nicht nur in Konkurrenz mit Universitäten in aller Welt, es gibt auch viele Kooperationen mit Universitäten weltweit. Interessante Kooperationsregionen sind die USA, das Vereinigte Königreich, Frankreich und China. In diesen Staaten haben die großen Universitäten bereits Institute, strategische Forschungsk Kooperationen, Campus- oder Liaison-Offices gegründet. Die genannten Partnerländer gehören verschiedenen Hochschulsystemen an, nämlich dem anglo-amerikanischen, den kontinentaleuropäischen und dem konfuzianischen Hochschulsystem. Dementsprechend schwer vergleichbar sind sie mit dem deutschen Hochschulsystem. Es sind aber Anknüpfungspunkte und beidseitig immer wieder Bestrebungen zu erkennen, Anregungen aus anderen Systemen zu holen und Fördermodelle zu adaptieren, beispielhaft dafür stehen der GCRIU, der Forschungsuniversitäten aus all diesen Ländern vereint, das U.N. Global Colloquium of University Presidents und der Global Research Council¹¹, in dem sich die Förderorganisationen vieler Staaten vereint haben.

Zentral gesteuertes Hochschulsystem in China

Ein für deutsche Universitäten immer wichtiger werdendes Hochschulsystem findet sich in China. Chinas ökonomische Entwicklung verlangsamt sich derzeit – nach 35 Jahren stetigen Wachstums. Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung basiert nach Ansicht der chinesischen Regierung auf einem Wachstum, das auf Innovationen aufbaut. So hat die chinesische Regierung begonnen, den Forschungs- und Bildungssektor massiv und konzentriert auszubauen. Allein 2012 hat sie eine Billion Renminbi (161 Millionen US-Dollar) in Forschung und mehr als 700 Millionen Renminbi in die Hochschulausbildung investiert. Im Ergebnis sind die Kapazitäten an den Forschungsinstitutionen und Universitäten erheblich gestiegen. Allerdings ist die Qualität der Forschung nicht im erwarteten Maße mitgewachsen. Der Technologietransfer aus den Forschungseinrichtungen in den Wirtschaftssektor läuft schlecht.

Als ein Instrument der strategischen Forschungsförderung in China förderte die chinesische Regierung die Gründung der C9 League¹² (Mitglied im GCRIU), um damit das chinesische Hochschulsystem an die Spitze zu bringen. Seit 1998 wurden zehn Elite-Universitäten besonders gefördert.¹³ Aus dieser Gruppe ist eine Allianz von neun Forschungsuniversitäten, die für sich in Anspruch nimmt, das Gegenstück zur Ivy League in den USA, zur Russell Group im UK und zur Group of Eight in Australien (alle Mitglied im GCRIU) zu sein, entstanden. Zusammen beschäftigen diese Universitäten drei Prozent der Forscher in China. Sie erhielten bisher zehn Prozent der staatlichen Forschungsgelder. Diese Universitäten veröffentlichen 20 Prozent der akademischen Publikationen und generieren 30 Prozent aller Zitationen.

Der chinesische Staat hat erkannt, dass Geld alleine kein Garant für qualitativ hochwertige Forschung ist und setzt mehr auf Qualität und langfristige Investitionen. Die Verbindungen zum deutschen Hochschulsystem sind intensiv. Denn ein deutscher Abschluss ist im chinesischen Kulturkreis hoch anerkannt und geschätzt, so dass die chinesischen Studierenden schon lange auch Deutschland als Zielland für einen Studienabschluss für sich entdeckt haben. Parallel dazu werden chinesische Studierende und Nachwuchsforscher dazu angehalten, an amerikanischen, britischen und deutschen Universitäten zu arbeiten, also internationale Erfahrungen, besonders an Einrichtungen, die als zur Spitze gehörig wahrgenommen werden, zu sammeln. Daneben besitzt eine Vielzahl der chinesischen Professoren weiterhin keine Reisepässe und darf nur nach Genehmigung in andere Staaten ausreisen oder Kooperationen aufbauen.

Chinesische Spitzen-
universitäten im Auf-
wind

Internationale
Verbindungen werden
wichtiger

Die aktuellen Entwicklungen in China sind für forschungsstarke Universitäten in Deutschland relevant, da ein aktueller Kurswechsel der politischen Führung in China dazu führen könnte, dass weniger Chinesen bereit sein werden, ein Studium in Deutschland aufzunehmen oder hierher zu kommen, zu forschen und zu arbeiten. Dies muss bei der Fortentwicklung des deutschen Wissenschaftssystems im Kontext der Internationalisierung und des Studierendenmarketings im Blick behalten werden. Der Ausbau strategischer Forschungsk Kooperationen mit China ist absolut notwendig.

Elite-Universitäten in den Vereinigten Staaten

Die amerikanischen Universitäten sind bewährte Kooperationspartner für deutsche Universitäten, nicht zuletzt weil viele deutsche Forscher in den Vereinigten Staaten arbeiten. Das amerikanische Hochschulsystem ist streng hierarchisch organisiert. Es ist besonders stark international sichtbar. Es fokussiert vor allem auf die privaten Ivy-League-Universitäten¹⁴, die in den internationalen Rankings zu den besten Universitäten der Welt gehören. Dazu kommen namhafte öffentliche Universitäten wie die University of California (UC) Berkeley.

Die Association of American Universities¹⁵ (Mitglied im GCRIU), die etwa 60 private und öffentliche Forschungsuniversitäten aus den USA und Kanada vertritt, hat sich bereits 1900 mit dem Ziel gegründet, die internationale Sichtbarkeit der amerikanischen Universitäten strategisch auszubauen. Dieses Ziel ist also seit einem Jahrhundert bereits relevant bei der Steuerungsarbeit amerikanischer Universitäten. Allerdings sind amerikanische Universitäten selbst weiter wenig aktiv in der Rekrutierung internationaler Studierender engagiert. Die Rekrutierung findet über eine starke Markenbildung und aktive Alumni-Netzwerke (z. B. Stanford Alumni Association) statt.

Das amerikanische und das deutsche System unterscheiden sich stark in der Finanzierungsstruktur und auch in der Autonomie der Universitäten. Manche der Flaggschiffe, von denen auch in Deutschland geschwärmt wird („wir brauchen ein deutsches Harvard“), arbeiten mit 6.000 eingeschriebenen Studierenden und einem Endowment von bis zu 40 Milliarden Dollar. Eine deutsche Universität hat dagegen vielleicht etwa 300 Millionen Euro Grundausstattung von der öffentlichen Hand und gleichzeitig etwa 30.000 eingeschriebene Studierende. Die Unterschiede in der Kultur und in der Finanzierung könnten größer nicht sein!

Amerikanische Universitäten, auch die Öffentlichen – unter anderem die UC Berkeley, arbeiten vorrangig mit privaten Geldern (UC Berkeley erhält nur rund zehn Prozent des Geldes vom Staat!). Eine Haupteinnahmequelle sind Studiengebühren. Manche Studienplätze kosten pro Jahr mehr als 50.000 US-Dollar. Förderorganisationen wie die National Science Foundation oder die National Institutes of Health haben bisher auf geringem Niveau Spitzenforschung gefördert und wurden nach 2008 in ihren Budgets stark zurückgefahren. Ein wichtiger Forschungsförderer ist das Department of Defense und für Universitäten wie Caltech oder Massachusetts Institute of Technology in großem Maße die Industrie oder private Investoren und Spender – in den USA findet auch die anwendungsorientierte Forschung an den Universitäten statt. Dazu gibt es neben den National Laboratories keine nennenswerte außeruniversitäre Forschung.

Mit seiner starken Fokussierung auf Fundraising, Endowments und mit einer Finanzierungsstruktur über Studiengebühren und Geldanlagen am Finanzmarkt ist das amerikanische System allerdings auch sehr verwundbar. Das Platzen der Kreditblase

Amerikanische Top-Universitäten: Vorbilder weltweit

In den USA sind private Universitäten spitze

und die sich anschließende Finanzkrise in den Vereinigten Staaten haben Universitätsbudgets durch deren direkte Verknüpfung mit Finanzmarkttransaktionen empfindlich zusammenschrumpfen lassen. Seit einiger Zeit fallen die amerikanischen Universitäten in den Rankings zurück.

Tenure track als Vorbild

Ein Modell, das auch in Deutschland stärker als bisher übernommen werden könnte, ist das Tenure-track-Verfahren amerikanischer Universitäten. Es ist ein Options-Modell und beinhaltet keine Stellengarantie. Die Tenure-track-Stellen werden in einem hochkompetitiven Verfahren nach wissenschaftlichen Kriterien vergeben. Allerdings wurde dies jüngst aus Geldgründen stark gekürzt. Im Jahr 2015 gab es z. B. in Berkeley Proteste der Postdocs, Adjunct-Professors und von weiterem Lehrpersonal, da die Stellensituation mittlerweile prekär geworden ist. Viele hangeln sich mit Einzelverträgen von Semester zu Semester. Hieraus leiten sich die bisher so nicht gekannte Rückkehrwilligkeit deutscher Forscher und auch ein gesteigertes Interesse anderer internationaler Wissenschaftler an Deutschland ab.

Zusammenarbeit Deutschland – USA

Ein großes Problem in der Zusammenarbeit zwischen Forschungsuniversitäten in Deutschland und den USA war bisher der Studierendenaustausch. Es war herausfordernd, amerikanische Studierende für Deutschland zu interessieren. Das Studiengebührensensystem wirkte prohibitiv und durch die meist mangelhafte Anerkennungsmöglichkeit bedeutete ein Weggang aus dem Studium für ein oder zwei Semester meist auch eine entsprechende Verlängerung der Studienzeit. Ein weiteres Hindernis war die Sprachbarriere. Wenige Amerikaner sprechen deutsch. Sie sind auf Englisch als Unterrichtssprache angewiesen, das im deutschen Bachelor-Studium noch die Ausnahme darstellt. Die Umstellung vieler Masterkurse auf Englisch und die Erkenntnis, dass man in Deutschland keine Studiengebühren zahlt, hat neuerdings jedoch dazu geführt, dass immer mehr Amerikaner nach Deutschland zum Studium kommen.¹⁶

Der gegenwärtige Zustand des Hochschulsystems in den Vereinigten Staaten stellt eine Chance für Deutschland dar, die bei der Internationalisierung und beim Wissenschaftlermarketing berücksichtigt werden sollte.

Neuliberales Hochschulsystem in Großbritannien

Die britischen Forschungsuniversitäten gehören zu den wichtigsten Kooperationspartnern deutscher Universitäten. Die Anzahl der Studierenden in Großbritannien ist vergleichbar mit der in Deutschland. In beiden Staaten studieren je etwa 2,5 Millionen Menschen. Allerdings hat Großbritannien weniger Einwohner und es gibt kein duales Ausbildungssystem, sodass die Berufsausbildung eine sehr neue Entwicklung in Großbritannien darstellt.

Herausforderungen für Hochschulen in Großbritannien

Mit dem Schrumpfen der britischen Wirtschaft begann Großbritannien, das deutsche Forschungssystem zu kopieren. Ein Beispiel sind die Catapult-Center, die nach dem Vorbild der auf Anwendungsforschung orientierten Fraunhofer-Institute aufgebaut sind und die dringend notwendige Re-Industrialisierung Großbritanniens vortreiben sollen. Da sich der Industriesektor in Großbritannien in den vergangenen Jahrzehnten nicht ausgedehnt hat, damit weiter keine Industrieforschung existiert und ein Großteil des Bruttosozialprodukts des Landes in der Londoner City mit Finanzmarktgeschäften oder im weiteren Dienstleistungssektor generiert wird, findet öffentlich finanzierte Forschung bisher überwiegend in Universitäten statt. Die daneben bestehenden Forschungsinstitute sind eng an Universitäten gebunden oder integriert.

Britische Spitzen- universitäten

Das Universitätssystem selbst wird auch 700 Jahre nach ihrer Gründung von „Oxbridge“ dominiert. Das System ist wie das Amerikanische hierarchisch. Die Speerspitze der britischen Forschung versammelt sich in der G5.¹⁷ Die Gruppe setzt sich aus Cambridge, Oxford, Imperial College London, London School of Economics und University College London zusammen. Das Forschungsdrmittelaufkommen aller britischen Universitäten konzentriert sich zu weiten Teilen auf diese forschungsintensiven Universitäten.

Das Fördersystem basiert auf zwei Säulen: a) projektorientierte Förderung finanziert durch die Research Councils und auf stark kompetitiver Basis vergeben sowie b) leistungsbezogene Grundfinanzierung der Hochschulen, basierend auf den Research Excellence Framework-Ergebnissen (REF)¹⁸. Die Universitäten haben bei der Verwendung dieser Mittel größte Freiheit. Sie können sie in ihre Strategiefähigkeit ebenso investieren, wie in Forschung ohne programmatische Vorgaben. Ihre Autonomie kann daher als sehr hoch bewertet werden – und als vorbildlich für Deutschland.

Das duale Fördersystem steht unter Vorbehalt. Es liegt ein Green Paper¹⁹ vor, das die Abschaffung oder Umwandlung des Higher Education Funding Council for England (HEFCE) und eventuell auch des REF beinhaltet. Grund dafür ist die politische Einschätzung, dass das duale Fördersystem nicht effektiv sei. Ende November wurde der NURSE-Bericht²⁰ vorgelegt. Dieser argumentiert in die gleiche Richtung. Die britische Regierung setzt zunehmend auf private Anbieter für die Lehre, die gefördert werden sollen und von denen einige sogar zu Universitäten aufsteigen könnten.

Finanzierung britischer Universitäten

Bei der Finanzierung ihrer Institutionen werden britische Universitäten zukünftig noch abhängiger von Studiengebühren sein. Nach Vorlage des BROWN-Reports 2010²¹ fanden fundamentale Umstrukturierungen statt. Die Gebühren wurden seitdem verdreifacht. Der Staat hat sich zum Wintersemester 2015/2016 vollständig aus diesem Teil der Regulierung der Hochschulen zurückgezogen. Die Beschränkung der Anzahl der Studienplätze ist aufgehoben. Ab 2017/2018 soll es eine inflationsbereinigende Anpassung der jetzigen Gebühren geben. Daneben plant die Regierung, zukünftig die Qualität der Lehre mit dem Teaching Excellence Framework²² zu messen. Die Ergebnisse sollen in die Förderung der Universitäten einfließen. Es scheint, dass dies ein Schritt in Richtung weiterer Erhöhungen von Studiengebühren ist. Die Universitäten agieren daher zunehmend wie wirtschaftliche Einrichtungen und verlieren parallel dazu wieder an Autonomie, da sie neu reguliert werden.

Das für den 23. Juni 2016 angekündigte Referendum zum Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union wirft Schatten voraus. Großbritannien liegt in der europäischen Forschungsförderung auf den ersten Plätzen und erhält sehr hohe Summen aus den Forschungsrahmenprogrammen. Der Brexit würde auch darauf einen Effekt haben.²³ Dies gilt auch für die existierenden und für neue deutsch-britische Forschungsk Kooperationen sowie Studierendenaustauschprogramme, die mit europäischem Geld unterlegt sind.

Schottische Universi- täten

Bei diesem Thema ist für die deutsche Universität interessant, dass das schottische Hochschulsystem dem deutschen sehr ähnlich ist. In Schottland gibt es wie in Deutschland keine Studiengebühren.²⁴ Schottland hatte bei seinem Referendum über die Unabhängigkeit von Großbritannien am 18. September 2014 deutlich werden lassen, dass es daran interessiert wäre, in der Europäischen Union zu verbleiben. Sollte es also zum Brexit kommen, wäre diese Frage für die Zukunft von Kooperationen zwischen schottischen und deutschen Universitäten von hoher Relevanz.

Neue Strukturen und Innovationen im zentralistischen Frankreich

Frankreich ist für Deutschland ein weiterer wichtiger Partner. Die Wissenschaftsbeziehungen wurden noch vor den ersten Staatsverträgen nach dem II. Weltkrieg aufgebaut. Daher ist eine sehr enge Vernetzung beider Systeme gegeben. Ein deutlicher Unterschied zwischen den Hochschulen in Frankreich und Deutschland ist, dass die französischen Universitäten vor zehn Jahren als die ersten internationalen Rankings durchgeführt wurden, dort nicht erschienen. Dies lag an strukturellen Verkrustungen und daran, dass in Frankreich sehr renommierte, aber oft monothematische Institutionen und Lehreinrichtungen verbreitet waren, wie z. B. die École Nationale d'Administration (ENA) oder das Institut National des Langues et Civilisations Orientales (Inalco).

Daher hatte sich die Regierung Sarkozy nach dem „Shanghai-Schock“ dazu bekannt, ihr Investment für Hochschulen und Forschung zu erhöhen. Es wurden Programme aufgelegt, um das französische Bildungs- und Hochschulsystem zu modernisieren und strukturelle Versäumnisse auszugleichen. Dies war der Beginn eines tiefgreifenden Umgestaltungsprozesses. Wichtige Bausteine sind eine hohe Autonomie der Institutionen und ausgeprägte Kooperationen mit anderen (internationalen) Institutionen.

Besondere Bedeutung kommt den 2010 initiierten Pôles de Recherche et d'Enseignement Supérieur (PRES) zu. Diese sind regionale und lokale Cluster, in denen sich Hochschulen, Forschungseinrichtungen und die Wirtschaft zu Lehr- und Forschungsverbänden zusammengefasst werden. Zu Ihnen gehört der USPC in Paris. Kristallisationspunkt der Cluster ist die französische Exzellenzinitiative (IDEX – Initiative d'Excellence). Sie sind darauf ausgerichtet, die historisch gewachsene Fragmentierung des französischen Hochschulsystems zu überwinden und so die Qualität von Forschung und Lehre insgesamt zu erhöhen. Ein Cluster hat zwischen 50.000 und 120.000 Studierende. Diese Initiative zielt darauf ab, neue Institutionen zu schaffen und mit diesen in den Rankings sichtbar zu werden.

Dieser Ansatz unterscheidet sich vom deutschen, wo bereits etablierte Forschungsuniversitäten gefördert wurden. Auf Grund der hohen Freiheit der Universitäten bei der Umsetzung des Förderprogramms unterscheiden sich die PRES in ihren Organisationsformen sehr stark voneinander. Das Förderprogramm fokussiert auf Innovationen, alle Exzellenzprojekte mussten darstellen, welche Innovationen aus der Arbeit hervorgehen werden. Darüber hinaus verbindet alle Institutionen in den Clustern eine jeweils gemeinsame Strategie. Im Fall des Clusters USPC, der als eine Communauté d'universités et établissements (EPSCP) firmiert, sind 13 Institutionen beteiligt. Die Finanzierung der Cluster erfolgt über Endowments; nach vier Jahren sollen diese an die Cluster übergeben werden und auf Dauer finanziert werden.

Für die deutsche Wissenschaftslandschaft, insbesondere in der Spitzenforschung, sind diese neuen Cluster hochinteressante Kooperationspartner für Studierendenaustausch bis hin zu strategischen Forschungsk Kooperationen.

Shanghai-Schock und Reformen

Französische Forschungscluster

Förderprogramme in Frankreich

Wissenschafts- und hochschulpolitische Handlungsempfehlungen

1. Die Struktur des deutschen Wissenschaftssystems sollte Arbeitsteilung und Differenzierung stärker aufgreifen und abbilden. Künftige Reformschritte müssen entsprechende Strukturänderungen beinhalten.
2. Im Zentrum des Wissenschaftssystems sollten die forschungsstarken Universitäten als eigenständige Marke stehen. Sie ist als die Institution nicht nur zu erhalten, sondern nachhaltig zu fördern. Mit ihrem umfassenden Angebot aller wissenschaftlichen Fächer unter einem Dach und der engen Verknüpfung von Lehre, Forschung und Wissenstransfer trägt sie besonders zur Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik bei.
3. Besondere Herausforderung wird es sein, die beiden vorrangigen politischen Ziele
 - a) exzellente Forschung zu fördern und
 - b) Lehre auf hohem Niveau für eine große Anzahl von Studierenden zu bieten, miteinander zu verschmelzen.
4. Spitzenforschung muss weiter intensiv gefördert werden. Sie ist bereits heute international wettbewerbsfähig und sichtbar und auf internationalem Niveau anerkannt.
5. Die Forschungsförderung muss bei Clusterbildungen immer die Forschungsuniversität im Zentrum der Förderstruktur sehen. Außeruniversitäre Einrichtungen, Fachhochschulen und Unternehmen sind wichtige Partner. Die Zusammenarbeit in Clustern sollte gefördert werden.
6. Die Internationalisierung universitärer Spitzenforschung muss strategisch auf dem Campus und im Ausland vorangetrieben werden.
7. Studienplätze an Fachhochschulen sollten ausgebaut werden, um den anhaltend hohen Bedarf an akademischer Berufsbefähigung abzudecken. Forschungsuniversitäten sollten sich ihre Studierenden – mit dem Hauptziel der wissenschaftlichen Qualifikation – möglichst eigenständig auswählen können.
8. Mittelfristig sollte wieder darüber nachgedacht werden, Studiengebühren einzuführen. Diese würden nicht nur zu mehr Bildungsgerechtigkeit führen, sondern auch einen nicht unerheblichen Beitrag zur Finanzierung und Qualitätssicherung leisten.
9. Der forschende Nachwuchs benötigt Tenure-track-Modelle, die an das deutsche System angepasst sind und keinen Job garantieren, aber eine verlässliche Karriereplanung ermöglichen.

LITERATURNACHWEISE

- *Ulrike Beisiegel, Universitäten als zentrale Säule des Wissenschaftssystems – Herausforderungen und Lösungswege, Politik für Wissenschaft und Forschung in Deutschland, Erich Thies und Nicola Leibinger-Kammüller (Hrsg.), 2014, <http://www.kas.de/wf/de/33.37960/>*
- *Angela Borgwardt, Internationaler, besser, anders? Die Strukturen des Wissenschaftssystems nach 2017, Schriftenreihe des Netzwerk Exzellenz an Deutschen Hochschulen, 2012*
- *Tim Heggelin und Mike S. Schäfer, Der Ranking-Effekt, Zum Einfluss des "Shanghai-Rankings" auf die medial dargestellte Reputation Deutscher Universitäten, Publizistik (2015) 60:381-402*
- *Nick Hillman, Keeping up with the Germans?, hepi Report 2015*
- *Howard Hotson, The UK has lessons to learn from Germany, September 10, 2015, <https://www.timeshighereducation.com/opinion/the-uk-has-lessons-to-learn-from-germany>*
- *Bernhard Kempen, Land der Dichter und Denker?, Zur Zukunft der Hochschulpolitik in Deutschland, Konrad-Adenauer-Stiftung, Die politische Meinung, 2011, <http://www.kas.de/wf/de/33.29028/>*
- *Das Promotionsrecht gehört den Universitäten, 2014, <http://www.kas.de/wf/de/33.38058/>*
- *Stephan Leibfried und Ulrich Schreiterer, Leuchtturm und Lampion, 1.10.2015, FAZ: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/forschung-und-lehre/leuchtturm-und-lampion-die-zukunft-der-exzellenzinitiative-wird-im-hinterzimmer-entschieden-13828911.html>*
- *Jan-Hendrik Olbertz, Forschungspolitik: Uni-Präsident Jan-Hendrik Olbertz spricht über die Zukunft der Forschungsförderung, Leibniz-Journal, 3/2015, S. 42ff.*
- *Uwe Schimank, Hochschulfinanzierung in der Bund-Länder-Konstellation: Grundmuster, Spielräume und Effekte auf die Forschung, Wissenschaftspolitik im Dialog, Schriftenreihe der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, 2014*
- *Julia Stamm, Europas Forschungsförderung und Forschungspolitik – auf dem Weg zu neuen Horizonten?, Wissenschaftspolitik im Dialog, Schriftenreihe der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, 2014*
- *Peter Strohschneider, Universitäre Forschung – Bemerkungen zur Exzellenzinitiative und zu ihrem Kontext, Politik für Wissenschaft und Forschung in Deutschland, Erich Thies und Nicola Leibinger-Kammüller, 2014, <http://www.kas.de/wf/de/33.37960/>*
- *George Turner, Von der Universität zu university, Sackgassen und Umwege der Hochschulpolitik seit 1945, BWV-Verlag 2013*

- Wissenschaftsrat, *Empfehlungen zur Differenzierung der Hochschulen*, Drs. 10387-10, November 2010
- *Anforderungen an die Qualität der Promotionen – Positionspapier*, Drs. 1704-11, November 2011
- *Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems*, Drs. 3228-13, Juli 2013
- *Empfehlung zur Differenzierung der Hochschulen*, Drs. 10387-10, November 2010
- Jürgen Zöllner, *Masterplan Wissenschaft 2020, Wissenschaftspolitik im Dialog*, Schriftenreihe der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, 2013

- 1| *Nature Index 2015 Collaborations*, Vol. 527 No. 7577 ppS49-S95, <http://www.natureindex.com/supplements/nature-index-2015-collaboration/index> (letzter Abruf am 04.03.2016).
- 2| *LERU takes next step towards a Global Council of Research-Intensive University Networks*, <http://www.leru.org/index.php/public/news/strengthening-the-ties/>; <http://www.german-u15.de/presse/RIU.html> (letzter Abruf am 04.03.2016); Mitglieder des Verbandes sind: *League of European Research Universities*: <http://www.leru.org/index.php/public/home/>, *Russell Group in Großbritannien*: <http://russellgroup.ac.uk/>, *Association of American Universities in den USA*: <http://www.aau.edu/>, *Canadian Research Universities in Kanada*: <http://u15.ca/>, *C9 League in China*: https://en.wikipedia.org/wiki/C9_League, *Research Universities 11 in Japan*: <http://www.ru11.jp/eng/>, *Group of Eight in Australien*: <https://go8.edu.au/page/about>, *German U15 in Deutschland*: <http://www.german-u15.de/>, *Association of East Asian Research Universities in Ostasien*, <http://www.aearu.org/>.
- 3| *HEFEI STATEMENT, Global Council Research-intensive Universities*, http://www.german-u15.de/presse/ressourcen/Hefei_statement.pdf (letzter Abruf 04.03.2016).
- 4| *LEIDEN STATEMENT, Global Council Research-intensive Universities*, http://www.german-u15.de/en/presse/ressourcen/leiden_statement_-_21_nov_2014_0.pdf (letzter Abruf 04.03.2016).
- 5| „*Bildungsrepublik Deutschland*“, siehe den Beschluss des Bundesvorstands der CDU Deutschlands vom 27. Juni 2011, <https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/110627-beschluss-bildungsrepublik-deutschland.pdf?file=1> (letzter Abruf 04.03.2016).
- 6| <https://www.humanbrainproject.eu/de> (letzter Abruf am 04.03.2016).
- 7| *Landesrechnungshof Baden-Württemberg, Pressemitteilung vom 15.06.2013*, <http://www.rechnungshof.baden-wuerttemberg.de/de/informationen/presse/300476.html>.
- 8| *World University Rankings 2015-2016*, <https://www.timeshighereducation.com/world-university-rankings/2016/world-ranking#!/page/0/length/25>: LMU München (Platz 29), Universität Heidelberg (Platz 37), Technische Universität München (Platz 53), Freie Universität Berlin (Platz 72), Universität Tübingen (Platz 78), Universität Freiburg (Platz 84), Universität Bonn (Platz 94), Universität Göttingen (Platz 99) (letzter Abruf 04.03.2016).
- 9| *Verbesserung internationaler Rankingergebnisse deutscher Universitäten*, <https://fit.uni-tuebingen.de/Project/Details?id=3603> (letzter Abruf am 04.03.2016).
- 10| Demling, A., *Deutsche Unis im „THE“-Ranking: „Das Wunder von Tübingen“*, in *Spiegel-Online* vom 02.10.2014, <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/uni-ranking-hochschulen-im-the-ranking-a-994684.html>.
- 11| <http://www.globalresearchcouncil.org/about-us> (letzter Abruf am 04.03.2016).
- 12| Wang P., *Education Ministry supports formation of China's "Ivy League"*, http://www.moe.gov.cn/publicfiles/business/htmlfiles/moe/moe_2862/200911/53858.html (letzter Abruf am 04.03.2016); (Ob die C9 League im Jahr 2016 weiter existiert, ist der Autorin auf Grund andauernder politischer Umstrukturierungen in China ab 2015 nicht bekannt.).
- 13| *Mit dem „Projekt 985“ förderte die chinesische Regierung 1998 zunächst nur 10 Elite-Universitäten: „International Rankings and Chinese Higher Education Reform“* <http://wenr.wes.org/2006/10/wenr-october-2006-international-rankings-and-chinese-higher-education-reform/>.
- 14| Jacobs, P., *Ranked: Ivy League universities from best to worst*, *Business Insider Online* vom 17.07.2014 <http://www.businessinsider.com/ivy-league-universities-ranked-2015-7?IR=T> (letzter Abruf am 04.03.2016).
- 15| *Webseite der Association of American Universities, AAU History and "The Call"*: <http://www.aau.edu/about/default.aspx?id=16754> (letzter Abruf am 04.03.2016).

- 16| Noack, R., *Americans can study in Germany for free, in English. An increasing number are doing it.*, *The Washington Post*, 20.02.2016, https://www.washingtonpost.com/news/worldviews/wp/2016/02/20/americans-can-study-in-germany-for-free-in-english-an-increasing-number-are-doing-it/?tid=sm_fb (letzter Abruf am 04.03.2016).
- 17| Morgan, J., *Elite play game of thrones with no fear of secession*, in *THE-Magazine* 10.05.2012, <https://www.timeshighereducation.com/news/elite-play-game-of-thrones-with-no-fear-of-secession/419873.article?storycode=419873> (letzter Abruf am 04.03.2016).
<https://youruniversityguide.wordpress.com/europe/united-kingdom/golden-triangle5/>.
- 18| <http://www.ref.ac.uk/> (letzter Abruf am 04.03.2016).
- 19| *Higher Education Green Paper*: <http://blog.universitiesuk.ac.uk/2015/11/06/a-summary-of-the-higher-education-green-paper/> (letzter Abruf am 04.03.2016).
- 20| *Nurse Review of Research Councils*: https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/478125/BIS-15-625-ensuring-a-successful-UK-research-endeavour.pdf (letzter Abruf am 04.03.2016).
- 21| Lord Browne of Madingley, *Securing a sustainable future for higher education*, 12.10.2010, https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/422565/bis-10-1208-securing-sustainable-higher-education-browne-report.pdf (letzter Abruf am 04.03.2016).
- 22| siehe Fn. 13.
- 23| Johnson, J., *Want to know what Brexits would mean? Ask Boris*, *Financial Times Online*, 03.03.2016, <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/b023067e-e05d-11e5-9217-6ae3733a2cd1.html#axzz41Y51IEIL> (letzter Abruf am 04.03.2016); Morgan, J., *Brexit would be catastrophe for HE in Europe, warn Germans*, *Times Higher Education Online*, 03.03.2016, <https://www.timeshighereducation.com/news/brexit-would-be-catastrophe-he-europe-warn-germans> (letzter Abruf am 04.03.2016).
- 24| *Full text of tuition fees agreement*, *BBC NEWS online*, 25.01.2000, http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/scotland/618698.stm; *A costly promise*, 03.10.2015, *The Economist*, <http://www.economist.com/news/britain/21670045-scrapping-tuition-fees-has-helped-rich-students-expense-poor-ones-costly-promise>.

Die Autorin

Assessor juris Denise Feldner, M.B.L.
Geschäftsführerin, German U15

Der vorangehende Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Meinung der Autorin wieder.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Ansprechpartner:

Dr. Norbert Arnold

Teamleiter Bildungs- und Wissenschaftspolitik

Hauptabteilung Politik und Beratung

Telefon: +49(0)30/26996-3504

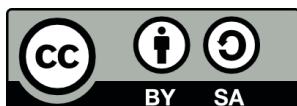
E-Mail: norbert.arnold@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Kontakt zum Thema Publikationen:

publikationen@kas.de

ISBN 978-3-95721-201-6



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE (abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>)

Bildvermerk Titelseite:
CC0 Public Domain/pixabay

www.kas.de